

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND

Nr. 3

DM -,70

DIE KRISE DARF NICHT WIEDER AUF DIE ARBEITER ABGEWÄLTZT WERDEN !

Wie berichtet fand am 29. November 69 eine wichtige Unterredung zwischen CSU-Boß Strauß und namhaften Kapitalisten, unter ihnen Friedrich Flick, statt. Dabei wurde u.a. vereinbart, "eine vorauszusehende Wirtschaftskrise dem SPD-Minister Schiller in die Schuhe zu schieben". Ein Jahr später steckte der westdeutsche Kapitalismus schon mitten drin in der Krise.

Die Auftragseingänge der Stahlindustrie - von der bürgerlichen Ökonomie als "Konjunkturbarometer" angesehen - sind seit Frühjahr 1970 rückläufig. Im September 70 lagen die Auftragseingänge nur noch bei 1,36 Mio. t, und damit kaum höher als im September 1966, auf dem Tiefpunkt der vorigen Krise (1,35 Mio. t).

Die Ursache: Rückgang der Investitionen in vielen Bereichen der Industrie, und flaches Exportgeschäft bei starkem Druck billiger Stahl-Importe aus dem Ausland. Unmittelbare Folge: Kurzarbeit und Entlassungen in zahlreichen Betrieben der Stahlindustrie, bzw. von der Stahlindustrie abhängigen Bereichen.

Gleichzeitig gingen Ende 70 auch andere Industriezweige zu Kurzarbeit und Produktionseinschränkungen über. Ein krasse Flaute trat in der Elektro-Industrie auf. Während der Hochkonjunktur verlegten die Kapitalisten von Bosch, AEG, und Siemens große Teile der Produktion ins Ausland, wo sie zu Hungerlöhnen produzieren lassen können. In Indien, Spanien, Portugal, Südamerika und Asien wurden Werke errichtet. Die gesteigerte Produktion der westdeutschen Elektro-Industrie stieß jedoch auf schärfste Konkurrenz der japanischen Kapitalisten, die immer mehr billige Erzeugnisse anboten. Bei Abschwächung der Konjunkturlage entstand eine Überproduktion, d.h. die Kapitalisten konnten nicht genug verkaufen. Die Folgen wurden auf den Arbeiter abgewälzt: Kurzarbeit in den Monaten Dezember und Januar in den Boschwerken Göttingen, Reutlingen, Blaichach, Bamberg, Dillingen, Stuttgart-Feuerbach. Zur gleichen Zeit Kurzarbeit bei AEG-Telefunken in Hannover und Celle. Außerdem bei beiden Firmen Entlassungen.

Inhalt:

- 1 DIE KRISE DARF NICHT WIEDER AUF DIE ARBEITER ABGEWÄLTZT WERDEN !
- 5 "ZWEI FRAKTIONEN DER KAPITALISTEN-KLASSE" ?
PORTUGAL UND SEINE KOLONIEN - DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS IM VORMARSCH

- 9 CHINA: HILFE FÜR DIE VÖLKER AFRIKAS
- 10 VR POLEN - KRISE DES REVISIONISMUS
- 13 ENGLAND: BREITE KLASSENFRONT GEGEN ANTISTREIKGESETZ
- 14 ZUR POLITIK DER KP CHILES

Bereits im November gab es in Westdeutschland insgesamt 18 700 Kurzarbeiter; weitere 36 000 waren für Dezember und Januar angemeldet. Im Dezember waren es dann Mitte des Monats schon 47 000 Kurzarbeiter, davon allein 27 100 in der Elektro-Industrie. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen. Die Kapitalisten nennen das zynisch "Entspannung auf dem Arbeitsmarkt".

Die Krise macht sich auch in einer wachsenden Zahl von Firmen-Konkursen bemerkbar: 1969 noch 2283, 1970 schon 2400. Vor allem stieg die Zahl der "Millionen-Konkurse" von 170 im Jahr 69 auf 184 allein in den ersten neun Monaten 70. Die "Frankfurter Rundschau" vom 20. Januar meint: "... eine neue Konzentrationswelle in weiten Bereichen der Wirtschaft dürfte ein Ergebnis der jetzt zu Ende gehenden Hochkonjunktur sein..." Waren 65 Unternehmenszusammenschlüsse im Jahr 1968 gemeldet worden, so 168 im Jahr 1969 und 261 im Jahr 1970.

Die Voraussagen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von Rosarot ("keine Anzeichen für einen tieferen Einbruch auf längere Sicht") bis Tiefschwarz ("rascher Umschlag der ohnehin schon abflauenden Konjunktur in eine scharfe Rezession nicht länger auszuschließen"). Klar ist jedenfalls, daß die Kapitalisten kaum die Möglichkeit haben, ihre Absatzschwierigkeiten durch gesteigerte Exporte zu beheben. Die Krise von 1966/67 war noch in erster Linie durch Steigerung des Exports überwunden worden. Die Lage auf dem internationalen Markt wird gegenwärtig durch eine umfassende Krise in der ganzen kapitalistischen Welt bestimmt. Diese Krise verschärft die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten. So haben z. B. die Kapitalisten in den USA Mitte November 70 ein Gesetz erlassen, durch das die Einfuhren von Textilien und Schuhen beschränkt wird, und zwar um 30 bzw. 40%. Nach Schätzungen von EWG-Beamten würde dieses Gesetz den EWG-Ländern einen jährlichen Verlust von 500 Mio. Dollar verursachen; außerdem wird ein verstärktes Auftreten der japanischen Textilindustrie auf dem europäischen Markt als indirekte Wirkung dieses Gesetzes befürchtet. Ihrerseits haben die EWG-Länder mit "Gegenmaßnahmen" gedroht.

Für die westdeutsche Wirtschaft fällt damit ein wichtiges Instrument zur Behebung ihrer Krise weitgehend aus. Das Münchner Ifo-Institut sagt daher für 1971 voraus: "Für Verbrauchsgüter werden die Verbraucher noch erheblich mehr aufwenden müssen" (also weiter steigende Preise) und "Zur gleichen Zeit werden Geschäftsergebnisse und Investitionsbereitschaft in allen wichtigen Wirtschaftszweigen nachlassen." (also verstärkt Kurzarbeit und Entlassungen).

In der Stahlindustrie werden weitere Produktionseinschränkungen erwartet, obwohl die Daten im Januar wieder leicht aufwärts zeigten.

In der Chemie-Industrie wird mit erheblichem weiterem Rückgang der Investitionen gerechnet. Im Gegensatz zu früheren Jahren zeichnet sich auch im Auslandsgeschäft eine merkliche Abschwächung ab.

Der Maschinenbau rechnet für die zweite Hälfte 71 mit einem absoluten Produktionsrückgang, schon Ende 1970 lag der Auftragseingang im Maschinenbau um 22% unter dem von 1969.

Die westdeutsche Auto-Industrie verzeichnete 1970 eine Rekord-Produktion, rechnet aber für das zweite Halbjahr 1971 ebenfalls mit Kurzarbeit und Entlassungen. "Der Export wird in Zukunft kein Ventil mehr sein", bedauerte Heinrich von Brunn, Chef des Verbandes der Automobilindustrie.

Bei einer Abschwächung der Inlandnachfrage werden die Preiserhöhungen der Auto-Firmen zusätzliche Schwierigkeiten schaffen.

Die überraschende Absage der für September vorgesehenen Automobil-Ausstellung in Frankfurt erklären die Kapitalisten zwar mit "Kostendruck", wollen sie aber auch als "politische Demonstration", als "Warnung" an die Adresse der Regierung verstanden wissen.

Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß das Großkapital zur Zeit der Krise recht gelassen entgegenseht.

Die Drosselung ihrer Investitionen und ihr Gekammere über "Kostensteigerung" und "schrumpfende Gewinne" ist nicht zuletzt "Warnung" an die Regierung, in den Fragen der Steuerreform, BVG-Reform usw., ihre Versprechungen nicht einzuhalten.

Die Folgen der Krise sollen wieder die Arbeiter tragen

Komme wie es wolle, soviel steht für die Kapitalisten fest: die Folgen der Krise sollen wieder wie 1966/67 auf die Arbeiter abgewälzt werden. SPD-Minister Schiller bietet seine Dienste an: "Die Unternehmer müssen erkennen oder sollten erkennen, daß diese Regierung und daß dieser Wirtschaftsminister die Marktwirtschaft mit Klauen und Zähnen verteidigt" und "Die Unternehmer müssen wissen, daß sie in diesem Hause (gemeint ist das Wirtschaftsministerium) Gehör finden. Das scheint mir ganz legitim zu sein." (SPIEGEL Nr. 50, S. 34). Wer bei Schiller kein Gehör findet, das sind die Arbeiter, die ihn schließlich an die Regierung gebracht haben. Das ist ihm nicht so wichtig. "Die wichtigste Aufgabe im neuen Jahr" nach Ansicht von Schiller "ist, in unserer Gesellschaft die Position der Marktwirtschaft und die marktwirtschaftliche Gesinnung zu stärken" (FR 2.1.71).

Schillers Rezept ist klar: die Arbeiter sollen auf die "Lohnleitlinien" von 7,5 - 8% effektiver Lohnerhöhung 1971 festgelegt werden. Dabei betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten schon im November 70 +4,1% gegenüber November 69, auch für Dezember 70 betrug sie 4%. Für 1971 wird sie zwischen 3 und 4% geschätzt. Demgegenüber kündigt der Einzelhandel an, daß er 1971 mit 4% Preissteigerung nicht auskommen wird. Zu diesen Zahlen ist zu sagen, daß es sich um bürgerliche Statistik handelt, die im allgemeinen von einer unrealistischen Zusammensetzung der Lebenshaltungskosten ausgeht. Allein schon wegen des größeren Anteiles von Mieten und Grundnahrungsmitteln an den gesamten Lebenshaltungskosten sind die Kostensteigerungen für die Arbeiterfamilie um einiges größer als von der bürgerlichen Statistik angegeben wird. Praktisch würden Schil-

lers "Lohnleitlinien" darauf hinauslaufen, daß für die Arbeiter kaum noch etwas übrig bleibt. Mit diesen "Lohnleitlinien" kommt Schiller den Warnungen der Kapitalisten nach, er habe 1970 "die Forderungen der Gewerkschaften nicht genügend abgeblockt".

ÖTV Abschluß : ein schlechtes Zeichen

Eine "Hinwendung zu einer vernünftigen Beurteilung" (Otto A. Friedrich vom Kapitalisten-Verband) sehen die Kapitalisten im Abschluß der Tarifbewegung im Öffentlichen Dienst Anfang Dezember 1970. Von der ÖTV waren Forderungen zwischen 10,4 und 14,4% Lohnerhöhung erhoben worden. "Orientierungsdaten haben für uns keinen Stellenwert, weil wir Lohnleitlinien grundsätzlich ablehnen", hatte ÖTV-Vorsitzender Heinz Kluncker dazu erklärt. Ein Abschluß unter 10% sei "indiskutabel". Kluncker fügte noch ausdrücklich hinzu: "Unsere Mitglieder wissen, daß sie sich auf den Hauptvorstand und die große Tarifrakommission in jeder Phase der Verhandlungen verlassen können." Das ist leider nicht so! Die tatsächlich ausgehandelten Ergebnisse liegen bei durchschnittlich 9%, also unter den von Kluncker als "indiskutabel" bezeichneten 10%. Minister Schiller schätzt diesen Abschluß mit Recht als "ein Schritt in Richtung auf unsere Orientierungsdaten von 7,5 - 8%" ein und meint, "daß der Prozeß der Annäherung der Löhne an die Orientierungsdaten eingeleitet ist" (SPIEGEL-Interview, s. o.).

Im Grunde bedeutete schon der Abschluß in der Metall-Industrie vom Herbst 70 ein Zurückweichen vor den Kapitalisten.

Die Absicht der Kapitalisten war klar, die Metall-Tarifrunde "zum Schlußpunkt der Lohnbewegung" zu machen. Bei der IG Metall hätte es gelegen, diese Pläne zu durchkreuzen; dies umso mehr, weil die IGM die größte der im DGB vertretenen Einzelgewerkschaften ist. Das geschah seitens der IGM-Führung leider nicht. Unter dem Druck der Metaller hatte die IGM-Führung die Forderung nach 15%iger Lohnerhöhung übernommen, die angesichts der Gewinn-Explosion der Jahre 68/69 nur als Minimalforderung anzusehen war. Das spätere kampflose Eingehen der IGM-Führung auf Abschlüsse um 11% (Hessen: 10%!) war ein völlig unbegründetes Entgegenkommen gegenüber den Kapitalisten. Dadurch wurden auch die Tarif-Runden der anderen Gewerkschaften mit einer denkbar schlechten Hypothek belastet.

Es ist in der Tat - wie Schiller sagt - "der Prozeß der Annäherung der Löhne an die Orientierungsdaten eingeleitet".

Ob schließlich in diesem Jahr die "Lohnleitlinien" von 7,5 - 8% durchgesetzt werden, und in welcher Form sich das vollziehen könnte, hängt natürlich in erster Linie vom Kampf der Arbeiter ab. Was die Kapitalisten angeht, so hat ihre "Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA) angekündigt, es auf Streiks und Arbeitskämpfe ankommen zu lassen. Man will "eine härtere Politik gegenüber den Gewerkschaften anstreben". Der BDA erklärt in seinem Jahresbericht, daß die Löhne 1971 nur um 6,5% steigen dürften. Diese Zahl ist selbstverständlich taktisch zu verstehen. Die Kapitalisten wollen sich einen gewissen Verhandlungsspielraum freihalten, um dann scheinbar großzügig auf die von Schiller verordneten Lohnleitlinien einzugehen.

Die Gewerkschaftsführungen scheinen ihrerseits nicht grundsätzlich abgeneigt, Schillers "Lohnleitlinien" zu akzeptieren. Schiller selbst hat seinen "Orientierungsdaten" mit ei-

ner offenen Erpressung zusätzlichen Nachdruck verliehen: er hat angekündigt, den 10%igen Steuer-Zuschlag erst dann zurückzahlen zu lassen, "wenn eine Wende in der Konjunkturpolitik eingetreten ist." Das heißt: entweder wir geben uns mit den "Lohnleitlinien" zufrieden, oder wir müssen entsprechend länger auf unser Geld warten. Letzter Termin für die Rückzahlung ist erst in zwei Jahren, im März 73! Finanzminister Alex Möller bläst ins selbe Horn: erstmal würde der Steuer-Zuschlag "bis zum bitteren Ende" erhoben (das heißt bis zum 30. Juni dieses Jahres) und uns dann in Raten zurückgezahlt, falls wir den "Lohnleitlinien" folgen. Möller erklärte, "daß die Zurückzahlung... mit dem allgemeinen tarifpolitischen Lohnklima der Sozialpartner zusammenhängt". Eine ratenweise Rückzahlung des Steuer-Zuschlags als Wohlverhaltens-Prämien würde - wie Möller hofft - "mäßigend auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften wirken..."

Kapitalisten drohen

Schon treten Gewerkschafts-Funktionäre auf und erklären, die Arbeiter müßten sich mit "Lohnleitlinien" und im Ansatz abgebrochenen "Reformen" begnügen, "weil sonst die Regierung stürzt und Strauß an die Macht kommt."

Tatsächlich steht die SPD/FDP-Regierung unter starkem Druck von Seiten der Kapitalistenklasse. Die Kapitalisten behaupten, die Regierung hätte "die Kontrolle über die Konjunktur verloren", weil 1970 die "Forderungen der Gewerkschaften nicht genügend abgeblockt" worden seien. So auf einer Konferenz Schillers mit Otto Wolff von Amerongen (Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages), Fritz Berg (Industrieverband) und Fritz Dietz (Vorsitzender des Außenhandelsverbandes) Ende November 70. Die Kapitalisten drohten auch, durch angeblichen "Lohnruck", d.h. durch die Kämpfe der Arbeiter, sei "der Leistungswille der Unternehmer gelähmt". Auch aus dem letzten Jahresbericht des Kapitalistenverbandes BDA geht hervor, daß die Kapitalisten mit der SPD/FDP-Regierung überhaupt nicht zufrieden sind, an der CDU einiges auszusetzen haben und nur die rechtsradikale CSU des Franz Josef Strauß ein dickes Lob kriegt für ihre "klare gesellschaftspolitische (d.h. arbeiterfeindliche) Linie" und ihr "eindeutiges Bekenntnis zum Privateigentum".

Aber die Aufforderung mancher Gewerkschaftsfunktionäre, wir sollten 1971 mit unseren Forderungen "kürzertreten" und Schillers "Lohnleitlinien" akzeptieren, "weil sonst Strauß an die Macht kommt", ist genau die verkehrte Schlußfolgerung aus den Drohungen der Kapitalisten.

Daß die Rechtsradikalen um Strauß ans Ruder kommen, verhindern wir nicht durch "Kürzertreten", sondern im Gegenteil durch noch entschlosseneren Kampf für unsere Interessen gegen die Kapitalistenklasse.

Es geht nicht nur um den Lohn

Unter dem Druck der Kapitalisten ist die SPD mit ihren marktschreierisch angekündigten "inneren Reformen" inzwischen soweit zurückgewichen, daß kaum noch etwas übrig bleibt. Statt Steuerreform - 10%iger Lohnraub - "Konjunkturzuschlag." Statt mehr Schulen - mehr für die Rüstung!

BVG - Reform

Die SPD hatte eine Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 versprochen. Der DGB hatte dazu einen Entwurf vorgelegt, der vor allem eine Stärkung der Stellung der Gewerkschaften im Betrieb und eine Stärkung der Jugendvertretung vorsah. Manche Forderungen der Arbeiter, so nach Abschaffung des §49 ("Friedenspflicht") waren aber im DGB-Entwurf nicht berücksichtigt worden.

Die Regierung legte dann im Herbst einen Entwurf vor, der in wesentlichen Punkten von den Vorstellungen des DGB abwich. Karl Fittig vom Arbeitsministerium erklärte das so: "Den Arbeitgebern mußte die Angst genommen werden, wir wollten hier die paritätische Mitbestimmung durch die Hintertür einschmuggeln." Dieser Entwurf nahm vor allem auf die gewerkschaftlichen Forderungen nach Stärkung ihrer Stellung im Betrieb wenig Rücksicht.

Er war aber auch den Kapitalisten nicht arbeiterfeindlich genug, sodaß die FDP dazu erklärte: "Das können wir auf keinen Fall mitmachen!"

Nach längeren Verhandlungen mit den Kapitalisten legte dann die Regierung einen zweiten, noch ärger zurechtgestutzten Entwurf vor. Der zweite Entwurf schränkt das im ersten Regierungs-Entwurf vorgehene Recht der Gewerkschaften erheblich ein, im Betrieb für ihre Ziele zu werben. Der von den Gewerkschaften geforderte Paragraph fiel weg, wonach im Gesetz nicht geregelte Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Einstellungen und Entlassungen durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen erzwungen und mit Tarifverträgen abgesichert werden können. Das im alten BVG von 1952 ausgesprochene völlige Verbot "parteilichtischer Betätigung" im Betrieb soll etwas gelockert werden, doch soll "die parteipolitische Aktivität dort ihre Grenzen haben, wo der Arbeitsfriede oder der Arbeitsablauf ernstlich gestört werden". Die Gewerkschaften haben Zutritt zum Betrieb nur "im Einvernehmen" mit dem Kapitalisten. Das bleibt sogar hinter der bisherigen Regelung zurück. Die Beibehaltung der "Friedenspflicht" schliesslich läßt der Kapitalistenwillkür viele Türen offen.

Der DGB lehnt diesen zweiten Entwurf ab, hat aber inzwischen auch auf seinen eigenen Entwurf verzichtet und beschränkt sich auf die Verteidigung des ersten Regierungsentwurfs.

Das Hick-Hack jetzt zwischen Regierung und Gewerkschafts-Führung, ob nun der 1. oder der 2. Regierungs-Entwurf Gesetz werden soll (wobei die Gewerkschaften mit Sicherheit wieder den kürzeren ziehen werden), kann nicht darüber wegtäuschen, daß in beiden Entwürfen die Forderungen der Arbeiter nicht berücksichtigt sind.

Fusionskontrolle

Die SPD hatte eine Fusions-Kontrolle versprochen. Als "Schutz vor Mißbrauch von Marktmacht" sollten die Zusammenschlüsse großer Unternehmen genehmigungspflichtig werden. Das war eine alte Forderung der Gewerkschaften. Noch im Januar 70 wurde angekündigt: "Die Bundesregierung wird dem Parlament noch in der ersten Hälfte des Jahres 1970 einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Schutz vor

Mißbrauch von Marktmacht verstärken soll."

Aber erst im November lag überhaupt ein Rohentwurf vor. Während der DGB gefordert hatte, alle Fusionen in die Regelung einzubeziehen, die zur Entstehung von Großunternehmen mit mehr als 500 Mio. Mark Umsatz führen würden, sah der Regierungsentwurf nunmehr vor, nur Fusionen von Unternehmen mit jeweils mindestens einer Milliarde Umsatz zu erfassen.

Der Regierungsentwurf ist im Grunde nur noch eine Karikatur dessen, was die SPD vor der Wahl versprochen hatte.

Steuerreform

Die SPD hatte eine Steuer-Reform versprochen. Vor allem sollte der Steuer-Flucht, also dem Verschleiben von Geld ins Ausland ein Riegel vorgeschoben werden. Die Lage war 1970 so, daß nach Schätzung des hessischen Finanzministeriums fünf Milliarden Mark von westdeutschen Kapitalisten der Steuer entzogen und ins Ausland geschafft wurden. Bekannt wurde 1969 der Fall des Kaufhaus-Besitzers Horten, der sich ins Schweizer Tessin absetzte und so der Steuer 450 Mio. Mark entzog. Das ist derselbe Horten, der die rechtsradikale NLA (inzwischen "Deutsche Union") finanzierte. "Vaterland" und Geschäft hat sich für die Kapitalisten schon immer glänzend vertragen.

Steuerverbrechen gehören für die Kapitalisten anscheinend zu den "geheiligten Gütern der Nation". Otto A. Friedrich, Chef des Kapitalistenverbandes BDA und Gesellschafter beim Flick-Konzern, erklärte zu der Forderung nach Einschränkung der Steuer-verbrechen in einer Rede vor der Duisburger Industrie- und Handelskammer: "Solche Überlegungen... führen direkt aus der Marktwirtschaft heraus und leiten einen Zerstörungsprozess ein, der unsere gesamte freiheitliche Demokratie in Frage stellt."

Unter massivem Druck der Kapitalistenklasse ist auch in punkto Steuerflucht von den ursprünglichen Versprechungen kaum etwas übrig geblieben. Tatsächlich sieht es so aus, daß sich die Steuer-Lage 1970 sogar noch zuungunsten des Volkes verschlechtert hat. Während 1970 die von den Kapitalisten aufgebrauchten Gewinnsteuern um 8% sanken, stieg das Aufkommen der Lohnsteuer des werktätigen Volkes um 32%, weit stärker als die Löhne. Wo sind die Versprechen der SPD geblieben: höhere Besteuerung der Großverdiener, steuerliche Entlastung der Bezieher kleiner Einkommen? Vom Winde verweht...

Zu all dem also sollen wir stillschweigen, "weil sonst Strauß an die Macht kommt"? Das ist ein verdammt schlechter Rat! Ob nämlich die Rechtsradikalen ans Ruder kommen, das ist immer eine Frage des Kräfteverhältnisses. Je entschlossener wir für unsere Interessen kämpfen, umso geringer sind die Chancen der Rechtsradikalen.

1971 kommt es darauf an, die Kapitalisten zu hindern, daß sie ihre Krise nicht wieder auf die Arbeiter abwälzen.

Also: KEIN LOHNDIKTAT!
SOFORTIGER BEGINN DER RÜCKZAHLUNG
DES 10%igen STEUERZUSCHLAGS!

"Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse"?

In der letzten KAB-Arbeiterzeitung war gegen die revisionistische These von den "zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse" Stellung genommen worden. Soll das etwa heißen, daß es innerhalb der Kapitalistenklasse keine unterschiedlichen Interessen und Interessengruppen gibt? Natürlich nicht! Schon die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten, der Kampf um den Markt, sorgt dafür, daß die Kapitalistenklasse kein völlig einheitlicher Block sein kann.

Der Fehler der These von den "zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse" besteht darin, die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition ganz naiv mit einem Kampf zwischen zwei "Fraktionen der Kapitalistenklasse" zu identifizieren. Sodaß also die SPD die eine Fraktion vertritt und CDU/CSU die andere.

Diese These wird mit bewerkenswerter Einstimmigkeit von rechten wie auch "linken" Varianten des Revisionismus vertreten.

Die Zeitschrift "Roter Morgen" spricht von der "SPD/FDP-Regierung, die eine Fraktion des westdeutschen Monopolkapitals vertritt" und behauptet dann kühn, es sei "völlig egal, welche Fraktion des Monopolkapitals, ob SPD/FDP oder CDU/CSU gerade an der Macht sind". (RM, Januar 71, S. 1 und 2)

Und zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt das "Sozialistische Forum", das von einer Studentenorganisation der DKP in Hamburg herausgegeben wird. Es heißt da: "Je deutlicher sich aber die Unfähigkeit des Systems hervorhebt... desto heftiger werden die Auseinandersetzungen innerhalb des Monopolkapitals um die wirksamste Strategie zur Stabilisierung ihrer Macht. Während die eine Fraktion die politische und ideologische Integration der Arbeiterklasse und ihrer verbündeten Klassen und Schichten in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem betreibt, erstrebt die andere Fraktion die offene Unterdrückung und Reglementierung aller antimonopolistischen Kräfte. Die Vorstellungen der integrationistischen Fraktion und ihrer Vertreter in der SPD/FDP-Regierung stehen in ihrer Zielsetzung den Vorstellungen der offen reaktionären Kapitalteile in nichts nach. Sie unterscheiden sich nur in der Wahl der Wege und Methoden, mit deren Hilfe dieses Ziel erreicht werden soll."

Auf dieser Grundlage kommt es zu gefährlichen Fehleinschätzungen über die hinter den Rechtsradikalen stehenden Klassenkräfte.

So meinten Westberliner Genossen vor einiger Zeit, hinter den Rechtsradikalen stünde nicht einmal mehr eine Fraktion der Kapitalistenklasse, sondern die CDU/CSU säße "zwischen zwei Stühlen", nämlich "zwischen Großkapital und Kleinbürgertum". Die Argumentation der Genossen lief dann so: die Taktik des Großkapitals hätte sich geändert, und diesen Schwung hätte die CDU/CSU wegen ihrer kleinbürgerlichen Wähler nicht mitmachen können, die die veränderte Taktik des Großkapitals noch nicht kapieren. Deshalb mußte die CDU/CSU weg von der Regierung, denn "sie konnte gegenüber ihren Wählern nicht die Ostpolitik durchsetzen, die das große Kapital brauchte." Der Faschismus wird hier leider wieder als Marotte des Kleinbürgertums statt aus den Bedürfnissen der Kapitalistenklasse erklärt.

Die Westberliner Genossen schrieben: "Dieser Flügel" (um Strauß) "ist an seine reaktionäre Wählerschaft und an seine eigenen Lügen so sehr gefesselt, daß es ihm nicht gelingt, sich an das Interesse der Großkapitalisten anzuhängen."

Die Frage ist bei einer solchen Sicht der Dinge nur: warum die Rechtsradikalen um Strauß trotzdem von den Kapitalisten derart massiv aufgefüttert werden und die Kapitalisten Strauß zum "Starken Mann" aufbauen? Die Frage ist nur, warum der BDA, also eine Spitzenvereinigung der Kapitalistenklasse, in seinem Jahresbericht 1970 allein der CSU Lob zollte, wogegen selbst die CDU in dem Bericht nicht sehr gut wegkam?

Es ist eben nicht so, daß die Rechtsradikalen ihrer "reaktionären Wählerschaft" zuliebe Politik machen, sondern im Interesse und mit voller Billigung der Kapitalisten.

Die DKP sagt dagegen von den Rechtsradikalen: "... die Vertreter der großen Rüstungsmonopole sind die wirklichen Drahtzieher dieser Bewegung" (Sozialistisches Forum, S. 5). Dagegen stünde eine andere "Fraktion der Kapitalistenklasse" (die das FORUM als "integrationistisch" bezeichnet) hinter der SPD/FDP-Regierung.

Dazu ist zu sagen, daß ja diese "Rüstungsmonopole" keineswegs ausschließlich oder auch nur in erster Linie für die Rüstung produzieren, sondern - wie etwa Flick - auch im "Ostgeschäft" sehr aktiv sind. Das macht es ziemlich absurd, einen künstlichen Gegensatz zwischen Rüstung und "Ostgeschäft" zu konstruieren.

Andererseits gibt es im Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus praktisch keinen Kapitalisten, der nicht zumindest indirekt auch vom Rüstungsgeschäft abhängig wäre (um nur zwei Faktoren zu nennen: der wachsende Anteil von Rüstungsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben als wichtigster Stabilisator der kapitalistischen Wirtschaft, und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der ihrerseits stark rüstungsabhängigen Stahlindustrie). Daher ist es gar nicht möglich, einen Trennstrich zu machen zwischen "Rüstungsmonopolen" einerseits als Drahtzieher der Faschisten und irgendeiner "integrationistischen" Fraktion, die lieber Ostgeschäfte machen will.

Die DKP-Studenten indessen versteigen sich zu folgenden Fehleinschätzungen:

"... Ebenso ist die 'neue Ostpolitik' als Ausdruck der gegenwärtigen Schwäche des Imperialismus der alten Strategie der direkten militärischen Erpressung vorzuziehen" (soweit noch richtig, aber jetzt kommts :) "da sie es den sozialistischen Ländern ermöglicht, die Widersprüche innerhalb der westdeutschen Monopolbourgeoisie - zwischen den Teilen, die auf Rüstungsproduktion und denen, die auf Osthandel angewiesen sind - zur Sicherung der Grenzen zwischen den europäischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung auszunutzen." (Papier gegen den KHB/ML, Januar 71, S. 30) Gefährdet etwa das Rüstungsgeschäft die "neue Ostpolitik" oder umgekehrt? Die Frage stellen, heißt sie auch schon beantworten!

Im ersten Jahr der "neuen Ostpolitik" 1970 wurden die Rüstungsausgaben um 8,5% erhöht, d.h., sie wachen immer noch weit stärker als das Volkseinkommen, nehmen also proportional weiter zu. Der NATO hat Helmut Schmidt auf der Konferenz der Außen- und Kriegsminister der NATO Anfang Dezember 1,8 Milliarden Mark für die nächsten fünf Jahre versprochen.

Für die Kapitalisten sind Rüstung und "Ostgeschäft" kein Gegensatz, sondern sie ergänzen einander. Der Versuch, die Klassenbasis der Rechtsradikalen auf die "Rüstungsmonopole" einzuengen und der Traum, "Rüstungsmonopole" gegen "Ostgeschäft" auszuspielen, sind zum Scheitern verurteilt. Zur Zeit sind es die Kapitalisten, die die osteuropäischen Regierungen gegeneinander und gegen die SPD/FDP-Regierung "ausspielen".

Portugal und seine Kolonien – DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS AUF DEM VORMARSCH

Der deutsche Imperialismus hat in der Vergangenheit im Konkurrenzkampf gegen andere imperialistische Staaten katastrophale Niederlagen erlitten. Historisch zu spät gekommen, drängte der deutsche Imperialismus seit der Jahrhundertwende auf eine Neuverteilung der Welt. Der erste Versuch endete 1918 mit dem Verlust der wenigen Kolonien, die der deutsche Imperialismus damals besaß. Der zweite Versuch endete 1945 in einem noch katastrophaleren Zusammenbruch. Nach den Verträgen von Potsdam hätte der deutsche Imperialismus nie wieder erstehen dürfen. Er wurde aber von den US-Imperialisten bewußt als "Speerspitze" gegen Osten nochmals hochgepöppelt.

Der deutsche Imperialismus sah sich zunächst von der neokolonialen Ausbeutung der Dritten Welt ausgeschlossen. Er konnte diese Einengung verschmerzen, solange der Wiederaufbau der westdeutschen Industrie, die Wiederaufrüstung und die Expansion in den europäischen Markt hohe Profite abwarfen. Je mehr jedoch der innere Markt gesättigt wurde und die Menge des Kapitals wuchs, je weiter sich ihre Wirtschaft entwickelte wurde die BRD immer mehr zu einer ernsthaften Konkurrenz für die übrige kapitalistische Welt. Die Krise von 1966/67 markiert den Endpunkt dieser Phase des Wiederaufbaus und der relativ günstigen Verwertung des westdeutschen Kapitals. Nur durch gesteigerten Export in andere kapitalistische Länder, in denen eine günstigere Wirtschaftslage bestand, wurde diese Krise vom westdeutschen Kapital überwunden, mit dem Ergebnis einer verschärften Konzentration des Kapitals.

Wie die Kapitalisten anderer Länder sind die westdeutschen gezwungen, wenn sie weiterhin hohe Profite erzielen, im nationalen und internationalen Konkurrenzkampf bestehen und Krisen möglichst unbeschadet überstehen wollen, in "unterentwickelte Länder" zu expandieren. Da militärische Aggressionen zur Zeit noch ausscheiden, gehen sie mit "Entwicklungshilfe", militärischer Unterstützung anderer Kolonialmächte (hier vor allem Portugal) und Unterstützung pro-imperialistischer "Oppositionsgruppen" in den Ländern der Dritten Welt vor.

Der westdeutsche Imperialismus befindet sich noch in der Aufbauphase

Die westdeutschen Imperialisten steckten 1969 in ihre Geschäfte 2,5 Mrd. Mark "öffentliche" und 6,5 Mrd. private "Entwicklungshilfe". Die USA legten im Vergleich dazu 6,5 Mrd. Dollar "öffentliche Hilfe" an, worin 3,4 Mrd. Dollar direkte Militärhilfe enthalten sind. Die BRD steht hinsichtlich des prozentualen Anteils der "Entwicklungshilfe" am Bruttosozialprodukt an der Spitze der kapitalistischen Länder. Die Investitionen der deutschen Industrie in "Entwicklungsländern" betragen gegenwärtig die Hälfte der englischen, ein Drittel der französischen und ein Zehntel der US-amerikanischen. Daß der westdeutsche Imperialismus sich erst in der Phase des Wiederaufbaus befindet, wird daran deutlich, daß 70% der Gewinne im betreffenden Land wieder investiert werden.

Der US-Imperialismus dagegen befindet sich in der Phase der Profite, nur 20% der Gewinne werden reinvestiert, 80% ins "Mutterland" übernommen.

Während die Profite der US-Imperialisten aus den "Entwicklungsländern" die Summe der neuen Investitionen übertreffen, liegen die Gewinne der westdeutschen Kapitalisten bei durchschnittlich 7%, da sich ein Großteil der Investitionen noch nicht auszahlt.

Einige Firmen machen mehr als 50% ihres Umsatzes im Auslandsgeschäft. So beträgt der prozentuale Anteil des Auslandsumsatzes am Jahresumsatz (1969) bei VW 71,1%, Bayer 61,4%, Hoechst 51,9%, Demag 53,4%, Klöckner-H-D. 49,3%, BASF 48%, Daimler-Benz 47,8%, Siemens 40%.

Die durch die Ausbeutung der Dritten Welt erzielten Extra-Profite befähigen die Kapitalisten einerseits, der Arbeiterklasse weiterhin Segnungen des kapitalistischen Systems vorzugaukeln, andererseits Krisen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, wenn sie z.B. Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagern und dafür die westdeutschen Arbeiter auf Kurzarbeit setzen.

Portugal und Mosambik - das System der Ausbeutung

Portugal selbst ist ein "unterentwickeltes" Land. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2000 Mark im Jahr gehört es zu den ärmsten Ländern Europas. Der Lebensstandard ist niedriger als etwa in Mexiko. 40% der Bevölkerung sind Analphabeten.

Portugals Kolonien sind mehr als 20mal so groß wie das Land selbst. 44% der portugiesischen Staatsausgaben dienen zur Finanzierung des Kolonialkrieges gegen die Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau, Angola und Mosambik. Bei nur 9,5 Mio. Einwohnern unterhält Portugal ein Kolonialheer von 150 000 Soldaten.

Die portugiesischen Kolonien waren zunächst nur Handelsniederlassungen am Seeweg nach Indien. Sie monopolisierten den Außenhandel der afrikanischen Stadtstaaten und Königreiche in ihrem Hinterland, indem sie wie auch später immer wieder die einzelnen Völker und Stämme gegeneinander ausspielten. So konnte Portugal den profitablen Handel mit Elfenbein, Gold und Edelsteinen an sich reißen, riesige Ländereien an der Küste unter seinen Einfluß bringen und den Handel mit Sklaven nach Amerika organisieren.

Ab 1870 begann die Umwandlung der Kolonien in Gebiete mit einfacher Warenproduktion. Der stark expandierende Kapitalismus benötigte keine Sklaven, sondern "freie" Lohnarbeiter, Rohstoffe und Absatzmärkte. Die Sklaverei wurde verboten und eine Aufteilung der Welt unter die größten kapitalistischen Staaten vorgenommen.

Ein Land wie Portugal, das nach jahrhundertlangem Raubkolonialismus wegen der hohen Profite des Zwischenhändlers keine Veranlassung gehabt hatte, die industrielle Revolution durchzuführen, mußte in diesem Konkurrenzkampf unterliegen. Vor dem völligen Verlust der Kolonien retteten Portugal nur die Interessen des englischen Kapitals, das sich auf einfache Art, ohne sich besonders engagieren zu müssen, Häfen für seine innerafrikanischen Bergwerke und Handelsstützpunkte für die asiatischen und australischen Gebiete sicherte, indem es dafür sorgte, daß sie unter "neutraler" portugiesischer Herrschaft blieben. Portugal begann nun, das gesamte Gebiet unter seine Verwaltung zu bringen. Die Kontrolle und Ausbeutung des Landes wurde an kommerzielle Gesellschaften vergeben, die durch Eintreibung von Steuern und Einschränkung der freien Bauernwirtschaft mit allen Mitteln die Afrikaner zur Lohnarbeit zwangen.

Heute besteht die Landwirtschaft Mosambiks hauptsächlich aus Großplantagen, die ausländischen Kapitalisten gehören und Rohstoffe für den Export produzieren, während Lebensmittel aus Portugal importiert werden. Das Bruttosozialprodukt besteht zu 25% in Rohstoffproduktion, 10% Industrie und 65% Dienstleistungen (Verkehr und Transport; Benutzung der Häfen von Mosambik durch Nachbarstaaten). Die 6,9 Mio. Einwohner Mosambiks sind zu 95% Wanderarbeiter oder Bauern, während 80 000 Portugiesen eine "weiße Oberschicht" von Plantagenbesitzern, Kleinkapitalisten und Beamten bilden.

Die ausländischen Imperialisten machen die größten Gewinne

"Portugal ist ein unterentwickeltes Land, es ist eine Halbkolonie Englands, der USA und anderer Länder und es hat keine ökonomische Struktur, die ihm erlauben würde, Neokolonialismus zu praktizieren, wo es die Konkurrenz der anderen Länder fürchten müßte. Es zieht vor, die Vermittlerrolle zu spielen, als sich ... zurückzuziehen. ... und die anderen allein zu lassen." "Denn die herrschende Klasse Portugals könnte nicht selbst unser Land beherrschen, wenn sie nicht vom Weltimperialismus unterstützt würde, von den USA, von der Bundesrepublik Deutschland und anderen." (Amílcar Cabral, Führer der Befreiungsbewegung in Guinea).

Vor 1961 hatten die portugiesischen Kapitalisten eine Beteiligung ausländischen Kapitals bei der Ausbeutung der Kolonien nur sehr beschränkt zugelassen.

Durch Ansiedlung armer Bauern und Landarbeiter aus Portugal zusammen mit assimilados (Afrikaner, die sich durch Unterwerfung unter die portugiesischen Anschauungen gewisse Bürgerrechte erkaufte haben) in "integrierten Kolonien" versuchten sie, ihre Macht auszubauen. So stieg die Zahl der Weißen in Mozambique seit 1945 von 18 000 auf 80 000.

Die ersten Erfolge der Befreiungsbewegung in Angola im Februar 1961 zeigten ihnen jedoch, daß ihre Kapitalkraft nicht ausreichte, um die zur Erhaltung der Macht nötigen Investitionen und Militärausgaben zu bestreiten. Andererseits waren sie auch nicht in der Lage, diesen Ländern unter der Führung einer einheimischen Bourgeoisie die "Freiheit" zu gewähren, da sie in der weiteren Beherrschung der Kolonien in Zusammenarbeit mit dieser einheimischen Ausbeuterklasse sehr schnell von stärkeren imperialistischen Mächten ausgeschaltet worden wären. Die Imperialisten dagegen sind ihrerseits nicht daran interessiert, in den von ihnen beherrschten "freien" Ländern der Dritten Welt offen Krieg zu führen. So führt das portugiesische Kapital für sie unter ihrer Unterstützung den Kolonialkrieg und erhält dafür einen kleinen Teil vom Kuchen. Das wirkliche Geschäft machen jedoch die ausländischen Kapitalisten. Seit 1961 wird das internationale Kapital zur Plünderung eingeladen. Freier Transfer der Gewinne und Repatriierung des Kapitals sind zugesichert. So können die portugiesischen Kapitalisten ihre Kolonialherrschaft und die ihnen daraus zufließenden Profite nur sichern, indem sie den Ausverkauf ihres Imperiums vorantreiben.

Lohnendes Ziel für den westdeutschen Imperialismus

Besonders für den noch nicht voll entfalteten Imperialismus der BRD sind die weitgehend unerschlossenen portugiesischen Kolonien ein lohnendes Objekt. Ganz groß im Geschäft ist die BRD schon in Portugal selbst. So betragen

die ausländischen Investitionen in Portugal für die BRD 139 Mill. Escudos, USA 110, England 84, Spanien 67, Frankreich 48 Mill. Escudos (1 Mill. Escudos sind 130 000 DM). Die Investitionen der BRD in Portugal stiegen rasch an: 1963 - 18 Mill. DM, 64 - 24 Mill., 65 - 28 Mill., 66 - 45 Mill. (im Jahr der Krise verdoppelten sich die Investitionen!), 67 - 55 Mill., 68 - 64 Mill., 1969 - 68 Mill. DM. Damit ist die Basis für ein großes Engagement in den Kolonien gelegt. Die Beteiligung Krupps bei der Ausbeutung der sehr reichen Eisenerzvorkommen von Cassinga (Angola), sowie der Zuschlag des Cabora Bassa Projektes an ein Konsortium, an dem die BRD stark beteiligt ist, sind politische Entscheidungen des portugiesischen Kapitals. Die Interessen des deutschen Kapitals in Portugal sind in den billigen Arbeitskräften begründet. Bei arbeitsintensiven Waren lohnt sich dann selbst der Hin- und Rücktransport. Zollvorteile - Portugal ist EFTA Mitglied - sollen dies noch erleichtern. Das faschistische System garantiert durch Ausschaltung von Gewerkschaften und Verhinderung von Streiks die Erhaltung dieser Vorteile auf die Dauer, woraus sich seine Beliebtheit bei den westdeutschen Kapitalisten erklärt. So hat z.B. Siemens gemeinsam mit portugiesischem Kapital eine Dachfirma gegründet, die 1969 einen Umsatz von 40 Mill DM hatte und 1974 etwa 4000 Arbeiter beschäftigt wird. Der Tageslohn einer portugiesischen Arbeiterin beträgt dort 4.50 DM. In der letzten Zeit ist die deutsch-portugiesische Zusammenarbeit verstärkt worden. Eine massive Werbung für Investitionen in Portugal ist angelaufen und es ist nicht verwunderlich, daß gleichzeitig die Beziehungen mit rechten Politikern der BRD verstärkt wurden.

So versprach Kiesinger Portugal einen Kredit von 250 Mill. DM. und es wird erwartet, daß die westdeutschen Investitionen in Portugal sich bis 1972 auf ca 120 Mill. DM verdoppeln werden. Steuerfreiheit für die Gewinne der ersten Jahre, zollfreie Einfuhr von Rohstoffen und Ausrüstungen - besonders lohnend, wenn die veralteten Maschinen in Deutschland schon abgeschrieben waren - sowie weitere Krisen in der BRD werden weiteres zu dieser Entwicklung beitragen.

In Mosambik ist BRD-Kapital bisher durch Investitionen in Plantagen, Petroleum- und Kohlekonzessionen für die Gelsenkirchener Bergwerk AG und das Cabora-Bassa-Projekt vertreten. Der Bau des Cabora-Bassa-Damms wird die Investitionstätigkeit in Gang bringen. Krupp und die Frankfurter Urangesellschaft haben sich schon Anteile an der zu erwartenden Rohstoffausbeute gesichert.

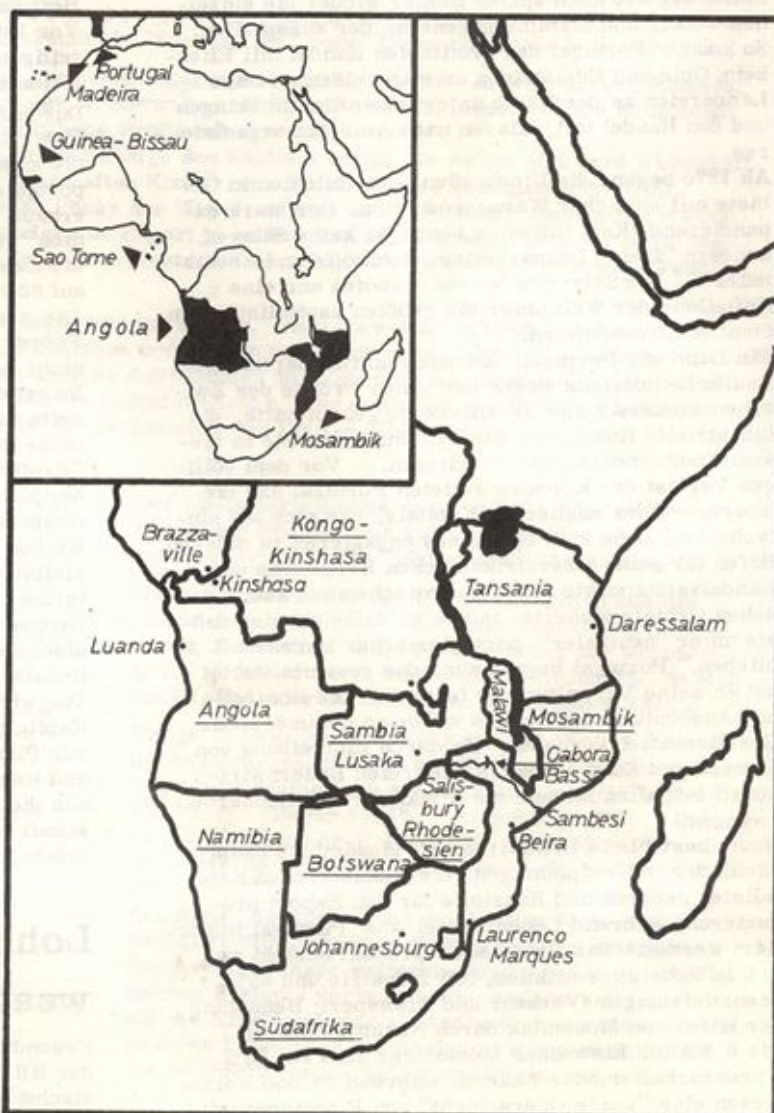
Daß Portugal auf diesem Wege natürlich der politischen Abhängigkeit, dem Kennzeichen, das Handel von Imperialismus unterscheidet, nicht entgehen kann, zeigt der Ausspruch von Herbert Kühn (SPD): "Portugal, das heute 45% seines Nationalbudgets für seine kolonialkriegerischen Operationen in Angola und Mozambique ausgibt, ist doch ein in seiner relativen Schwäche beeinflusbarer Staat. Auf die Dauer könnte sich die Lissaboner Regierung einem gewissen Druck aus dem NATO-Bündnis nicht entziehen." ("Spiegel" 37/70, S. 31). Offenbar ist aber dem portugiesischen Kapital dieser Einfluß angenehmer als etwa die Intentionen der USA, die sich in dem Plan ausdrückten, ein "unabhängiges" afrikanisches Angola zu schaffen.

Das Vietnam der NATO

Die Vermittlerrolle Portugals bei der Ausbeutung seiner Kolonien verdeckt ein wenig das Ausmaß der Beteiligung des westdeutschen Imperialismus an dem verbrecherischen und grausamen Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in Guinea, Angola und Mosambik. Nicht nur, daß dieser Krieg seinen imperialistischen Interessen dient, sondern auch die direkte Hilfe mit Waffen und Ausrüstung, militärischen "Entwicklungshelfern" und Auszubildern.

Der Kolonialkrieg kostete die Portugiesen bisher 30 000 Tote, er verschlingt jeden Tag 2 Mio. Dollar. "... die gesamte militärische Ausrüstung stammt von der NATO und einigen ihrer Mitgliedsländer, besonders der USA, der Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich, die - welcher Zufall - die wichtigsten Länder in der Beherrschung unserer Länder sind." (Marcelinos dos Santos, ehem. Vizepräsident der Befreiungsfront Mosambiks, FRELIMO).

Die USA liefern das meiste Geld, die Bundesrepublik



Portugal und seine Kolonien

die Waffen. 1961 : 50 kurzstartende Do-27, ideal zum Kampf gegen Aufständische. 1966 : 40 Kampfflugzeuge Fiat 91, die heute in Mosambik stationiert und eingesetzt sind. 1968 : 12 Noratlas-Transportflugzeuge, die heute in Angola und Mosambik Fallschirmjäger absetzen. 1970 : 3 Korvetten, gebaut bei Blohm & Voss in Hamburg, die für die langen Küsten der portugiesischen Kolonien besonders gut geeignet sind wegen ihres geringen Tiefgangs.

Hierbei sind Lastwagen und kleinere Waffen noch gar nicht erwähnt.

Alle diese Lieferungen gelten als NATO-Waffenhilfe "nur für Verteidigungszwecke innerhalb portugiesischen Territoriums", wobei allen Beteiligten klar ist, daß Portugal nicht zuletzt aus diesem Grund seine afrikanischen Kolonien als "überseeische Provinzen" bezeichnet und zum portugiesischen Territorium rechnet.

Natürlich haben die NATO und vor allem die BRD dabei auch ihre Vorteile bedacht : strategisch wichtigste Inselbasen auf den Azoren (kürzeste Verbindung zu den USA!), Madeira und den Kapverden, der deutsche Nachschub stützpunkt Beja, Stützpunkte für US-Flugzeuge und Schiffe usw.

Insbesondere an Stützpunkten für die südliche Route zum Indischen Ozean sind nach der Schließung des Suezkanals die NATO-Länder interessiert, die Nachschubroute für Öl nicht nur in Friedenszeiten muß gesichert werden. Dafür liegen die portugiesischen Kolonien (die ja ursprünglich auch als Stützpunkte für den portugiesischen Indienhandel gedacht waren) ideal am afrikanischen Kontinent aufgereiht.

Nachdem die portugiesischen Kolonialtruppen wie die Amerikaner in Vietnam den Kampf gegen die Aufständischen durch Napalmangriffe auf die Dörfer in den Befreiten Gebieten, chemische Vernichtung von landwirtschaftlichen Anbauflächen und Terroraktionen gegen die Dörfer führen, ist es ganz im Sinne der imperialistischen NATO, daß die Flugzeuge, Napalm- und Giftkanister, Raketen und Bomben normales NATO-Material sind und die portugiesischen Söldner auf Mercedes-Jeeps zu ihren Einsätzen fahren. Eher ist damit zu rechnen, daß die NATO-Staaten bei weiteren Mißerfolgen der portugiesischen Kolonialarmee noch aktiver in die Kämpfe eingreifen.

IN DER NÄCHSTEN NUMMER :

- Südafrika - "Weißer Block gegen den Kommunismus"
- Wer verdient an Cabora Bassa ?
- FRELIMO - Der Kampf für Freiheit und Sozialismus
- Die westdeutsche Arbeiterklasse gegen den Imperialismus

CHINA :

Hilfe für die Völker Afrikas

Die Hilfe der Volksrepublik China für die um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfenden Völker ist von grundsätzlich anderer Art als die der Kapitalisten.

Die Kapitalisten wollen für jede Mark, die sie in die "unterentwickelten Länder" stecken, möglichst schnell zwei oder drei Mark wieder rausholen. Mit ihrer "Hilfe" versuchen sie, die Völker in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu halten.

Die Hilfe der VR China wird grundsätzlich ohne politische Bedingungen gegeben. Die mit Hilfe chinesischer Arbeiter errichteten Anlagen und Fabriken gehen ausnahmslos in den Besitz des betreffenden Landes über.

Die VR China unterstützt tatkräftig die Bemühungen der jungen Nationen, sich aus ihren alten Abhängigkeiten von den imperialistischen Mächten zu befreien und sich nicht in neue hineinziehen zu lassen.

Ende Oktober begann der Bau der Tansania-Sambia-Eisenbahnlinie, die mit finanzieller und technischer Hilfe Chinas angelegt werden wird. Die Bahnlinie wird über 1900 km von den Kupfergebieten Sambias zum Hafen Daressalam in Tansania führen. Damit wird Sambia, das keine eigene Verbindung mit dem Meer hat, von der Benutzung der Häfen in der portugiesischen Kolonie Mosambik unabhängig werden.

Der Bahnbau ist seit drei Jahren von afrikanischen und chinesischen Arbeitern und Ingenieuren vorbereitet worden.

Tansanias Präsident Nyerere erklärte bei einer Feier am 28. Oktober : "Trotz dieser Vorteile habe ich in der internationalen Reaktion auf dieses Eisenbahnprojekt sehr merkwürdige Dinge beobachtet. Manche sind der Meinung, daß durch den Bau dieser Eisenbahnlinie Tansania und Sambia chinesischem Einfluß unterliegen würden. Ich kann diesen Vorstellungen nur erstaunt begegnen. Aber noch interessanter und in gewisser Hinsicht noch erschreckender ist die Selbstentlarvung, die in dieser Kritik aus dem Westen zum Ausdruck kommt. Denn in dieser Kritik ist enthalten, daß Hilfe ihrer Meinung nach ein Instrument der Beherrschung ist. Und diese Kritik kommt von denjenigen, die über Afrika dominiert hatten und in gewissem Maße Afrika noch immer beherrschen. Das chinesische Volk hat niemals von uns verlangt, daß wir seiner Hilfe bei diesem Eisenbahnprojekt wegen unsere Innen- und Außenpolitik ändern sollen. Es hat uns bloß mit Material und Menschenkräften großzügige Hilfe geleistet."

VR POLEN

KRISE DES REVISIONISMUS

Gegen die Wirtschaftspolitik der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) kam es zwischen 14. und 20. Dezember zu machtvollen Aktionen der Arbeiterklasse in den nordpolnischen Städten Gdansk, Gdynia, Szczecin und Eblag. Die polnische Staats- und Parteiführung sahen sich zum Rücktritt veranlaßt.

Die Ereignisse haben - wie der neue Erste Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, erklärte - "scharfe gesellschaftspolitische Konflikte" in der VR Polen sichtbar gemacht. Worin bestehen diese Konflikte und wo liegt ihre Ursache?

Unmittelbarer Anlaß für die Aktionen der Arbeiter waren krasse Preiserhöhungen, insbesondere eine Erhöhung der Lebensmittelpreise um durchschnittlich 19%.

Während die Industrie der VR Polen mit Riesen - schritten voranging und die VR Polen heute an zehnter Stelle unter den Industrie-Nationen der Welt steht, vertiefte sich immer mehr die Krise der polnischen Landwirtschaft. Die Ursache dafür ist vor allem in der verfehlten Politik der Führung der PVAP zu sehen.

Durch das Dekret über die bürgerlich-demokratische Bodenreform (Verteilung adliger Güter und Großgrundbesitz) vom 6. September 1944 wurden über 200 000 neue Bauernwirtschaften mit einer Fläche von weniger als 2 ha neu geschaffen. Derartig kleine Bauernwirtschaften sind heute nicht mehr rentabel zu bearbeiten. Der Kapitalismus "löst" dieses Problem auf seine Art, indem er die kleinen Bauern gnadenlos ruiniert. Dagegen bedeutet sozialistische Landwirtschaftspolitik, daß die kommunistische Partei die Bauern von der Notwendigkeit genossenschaftlicher Zusammenschlüsse überzeugt.

In der VR Polen jedoch unterblieb nach 1945 jeder Versuch in dieser Richtung. Während schon im Dezember 45 die Verstaatlichung der Groß- und Mittelbetriebe des Bergbaus und der Energiewirtschaft, der Eisen- und Metallhütten in Angriff genommen wurde, war die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit der Partei in der Bauernschaft äußerst schwach. Das war einer der Gründe für die Absetzung des damaligen Ersten Sekretärs Gomulka und die Ausschaltung seiner Fraktion im Dezember 1948.

Nach Ausschaltung der Gomulka-Gruppe begann die PVAP, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu entwickeln.

Der Anteil des gesamten sozialistischen Sektors (Genossenschaften + Staatsgüter) an der landwirtschaftlichen Nutzfläche wuchs rasch von 12% im Jahr 1950 auf über 20% im Jahr 1956. Damit war eine fortschrittliche und effektive Entwicklung der polnischen Landwirtschaft eingeleitet. Dennoch litt - begründet in den Fehlern während der 1. Gomulka-Ära - die polnische Wirtschaft immer noch stark unter dem krass unterschiedlichen Entwicklungstempo von Industrie und Landwirtschaft und

der Vernachlässigung der politisch-ideologischen Arbeit unter der Bauernschaft.

"Entstalinisierung"

Begünstigt durch das nach dem Tode Stalins (März 53) und dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 56) entstandene Klima der politisch-ideologischen Aufweichung und des schrittweisen Zurückweichens vom Klassenfeind bahnte sich die Rückkehr der Gomulka-Gruppe an die Macht an.

Ende April 56 wurden nacheinander der Minister für die Staatsgüter, der Justizminister, der Kulturminister, der Außenminister, der Minister für Öffentliche Dienste und der Bergbau-Minister abgesetzt und vor allem der Justiz-Apparat einer umfassenden "Säuberung" unterzogen. Anhänger der Gomulka-Gruppe und konterrevolutionäre Elemente, die sich an diese Gruppe anhängten, drangen im gesamten öffentlichen Leben der VR Polen vor. Im Mai 56 mußte der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Jakub Bermann zurück, der von der Gomulka-Gruppe als "Stalinist" und Hauptgegner ihrer revisionistischen Vorstellungen angesehen wurde.

Ende Juni kam es dann zu den Ereignissen von Poznan. Zur Unterbrechung von Lohnforderungen demonstrierten die Arbeiter der Lokomotivfabrik Cegielski. Bei Zusammenstößen der Arbeiter mit Polizei und Militär wurden 53 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt.

Die Ereignisse von Poznan unterschieden sich jedoch grundsätzlich von den Aktionen der Arbeiter im Dezember 70. Die Cegielski-Werke waren vor dem Krieg in Polen führend im Bereich der Sozialpolitik und des vergleichsweise hohen Lebensstandards ihrer Arbeiter. Reaktionäre und nationalistische Vorstellungen waren unter den Arbeitern von Poznan stark verbreitet. Die Revolte der Arbeiter von Poznan war so in erster Linie auf die Verteidigung von Privilegien gerichtet.

Der "neue Kurs"

Die Ereignisse von Poznan stärkten die revisionistische Fraktion innerhalb der PVAP bei den scharfen innerparteilichen Auseinandersetzungen.

Das 8. Plenum des ZK der PVAP im Oktober 56 brachte Gomulka, sowie seine Parteigänger Spychalski, Kliszko

und Loga-Sowinski zurück ins ZK. Gomulka wurde erneut Erster Sekretär der PVAP.

In seiner Rede vom 8. Plenum verkündete Gomulka: "Es ist nötig, binnen kurzem alle schlechten Teile unseres Modells des Sozialismus durch bessere Ersatzteile zu ersetzen."

Der "neue Kurs" wirkte sich zunächst vor allem auf die Landwirtschaft aus. Innerhalb eines halben Jahres wurden über 75% der landwirtschaftlichen Genossenschaften aufgelöst. Der sozialistische Sektor der Landwirtschaft, 1956 noch über 20%, betrug 1957 nur noch 15%.

Die Folgen für die polnische Landwirtschaft im besonderen wie auch für die Wirtschaft im allgemeinen waren verheerend. Schon im November 1960 stellte die Zeitschrift "Woprosy Ekonomiki" fest: "Das übermäßige Zurückbleiben des sozialistischen Umbaus auf dem Lande hinter der Umwandlung in der Stadt wirkt sich nachteilig auf den Vorgang des sozialistischen Aufbaus aus. ... Jeder Versuch, die Gründung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften hinauszuschieben, ... schadet der Sache des sozialistischen Aufbaus." Konkrete Taten in dieser Richtung unterblieben jedoch.

Gomulka mußte im November 1962 feststellen, daß die landwirtschaftliche Produktion um 7,8% gegenüber 1961 gesunken war. Vor allem fehlte es an Futtermitteln, da die pflanzliche Produktion sogar um 13% gesunken war.

Die Wirtschaftskrise wurde noch verschärft durch die ungünstige Struktur des polnischen Außenhandels mit den kapitalistischen Ländern, der zu 50% aus landwirtschaftlichen Produkten bestand. Während die VR Polen Fleisch und Geflügel in die kapitalistischen Länder exportiert, ist sie zum Import von Futtermitteln gezwungen, und zwar zu einem sehr ungünstigen Preisniveau. Gomulka erklärte damals, die VR Polen hätte durch Preissenkungen auf dem Weltmarkt in den Jahren 1958-61 rund 450 Mio. Dollar verloren.

Auf dem 12. Plenum des ZK der PVAP Ende Februar 1963 erklärte Gomulka, die polnische Landwirtschaft sei "das schwächste Glied der Volkswirtschaft". Es sei an der Zeit, "die immer gefährlicher werdende Parzellierung der landwirtschaftlichen Ländereien zum Stillstand zu bringen". Gleichzeitig erklärte Gomulka aber, die "Zeit für einen grundsätzlichen Umbau der Landwirtschaft" sei "noch nicht reif".

Zunächst schaffte sich die Regierung durch Gesetz vom 29. Juni 1963 die Grundlage zur zwangsweisen Auflösung von Bauernwirtschaften unter 4 ha, die damals über 50% der Bauernwirtschaften ausmachten. Dieses Gesetz stärkte aber langfristig nur die Konzentration des privaten Bodenbesitzes und damit die Großbauernwirtschaft. Schon 1956 waren das Erbrecht und das Recht zum Verkauf von Grund und Boden wieder eingeführt worden.

1966 gab die polnische Nachrichtenagentur PAP bekannt, durch Verkauf staatseigenen Landes an Privatbauern seien 20 000 landwirtschaftliche Großbetriebe errichtet worden, darunter Hühnerfarmen, Viehzuchtbetriebe und Gemüseanbaubetriebe. Auch die Errichtung landwirtschaftlicher "Zirkel" stärkte die Großbauern. In diesen Zirkeln, die 1966 fast 40% der Bauern umfaßten, und die den Bauern-Arbeitsgemeinschaften in den kapitalistischen Ländern ähnlich sind (also nichts mit Produktionsgenossenschaften zu tun haben), setzen sich langfristig die Großbauern durch, die über mehr finanzielle Mittel verfügen und allein in der Lage sind, auf ihren großen Ländereien Maschinen effektiv einzusetzen.

Gegenwärtig ist die Lage so, daß rund 3,6 Mio. privater Bauernwirtschaften - meist Familienbetriebe - über 85% der Anbaufläche bewirtschaften (=81,6% der agrarischen Marktproduktion), 13,5% sind Staatsgüter und nur 1,3% des Bodens gehören Genossenschaften. Etwa die Hälfte der Anbaufläche zerfällt in Kleinwirtschaften unter 7 ha.

UMFASSENDE KRISE

Die permanente Krise der polnischen Landwirtschaft schlägt auf die gesamte polnische Wirtschaft um. Der Zwang zum Import landwirtschaftlicher Produkte verschlechtert die Außenhandelsbilanz der VR Polen. Der Mangel an Futtermitteln führt zum Rückgang der Viehhaltung und schwächt damit die Ernährungsgrundlage der Bevölkerung. Während der private Handel im Zunehmen ist, gibt es auch einen "Schwarzen Markt", auf dem die Großbauern knappe Agrarprodukte zu hohen Preisen anbieten. Die Abwanderung der Landjugend in die Städte hat zu einer Arbeitslosigkeit von 300 000 Menschen und einer Überalterung der Landbevölkerung geführt.

Die krassen Preiserhöhungen vom Dezember waren der Versuch, die Krise kurzerhand auf die Arbeiterklasse abzuwenden, statt gemeinsam mit den Arbeitern Wege zu ihrer Behebung zu suchen.

Derartige "Lösungsversuche" auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung machen deutlich, wie weit sich die Bürokratie der PVAP von den Massen isoliert hat. Daher ist allein die Führung der PVAP für die Ereignisse verantwortlich, nicht aber angebliche "Emotionen" der Arbeiter, wie Gieriek behauptete.

Die Krise der polnischen Landwirtschaft kann nur durch die Bodenkonzentration, durch den Übergang zur Großproduktion gelöst werden. Dafür gibt es zwei Wege, nämlich den sozialistischen (Stärkung des bäuerlichen Genossenschaftswesens) und den kapitalistischen (wachsende Konzentration des Bodens bei den Großbauern).

Gieriek sprach viel von "Ruhe und Ordnung, Arbeit und Besonnenheit" (die jetzt den Arbeitern nötig täten), aber überhaupt nicht von den drängenden Fragen der polnischen Wirtschaft, vor allem der Landwirtschaft.

DER KAPITALISMUS MUß MIT DER WURZEL AUSGEROTTET WERDEN

Vor dem Plenum des ZK der KPdSU erklärte Stalin im November 1928: "Die Sowjetmacht und der sozialistische Aufbau können nicht endlos, das heißt für eine allzulange Zeitspanne, auf zwei verschiedenen Grundlagen basieren, auf der Grundlage der größten und konzentriertesten sozialistischen Industrie und auf der Grundlage der in höchstem Grade zersplitterten und rückständigen bäuerlichen kleinen Warenwirtschaft. Man muß die Landwirtschaft allmählich, aber systematisch und beharrlich auf eine neue technische Grundlage, auf die Grundlage der Großproduktion, überleiten und sie der sozialistischen Industrie nähern. Entweder lösen wir diese Aufgabe, und dann ist der endgültige Sieg des Sozialismus in unserem Land gesichert, oder wir kehren uns von ihr ab, lösen diese Aufgabe nicht, und dann kann eine Rückkehr zum Kapitalismus unvermeidlich werden." (Werke Stalins, Bd. 11, S. 225, deutsch).

Stalin zitierte dann Lenin: "Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das darf man nicht vergessen. Jeder, der das Leben auf dem Lande aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben in der Stadt vergleicht, weiß, daß wir den Kapitalismus nicht mit den Wurzeln ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel, : die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion zu stellen." (Werke Lenins, Bd. 31, S. 483/84, russ.)

Die Landwirtschaftspolitik der PVAP - mit gewisser Einschränkung der Jahre 1949-55 - hat diese von Lenin und Stalin aufgestellten Grundsätze sträflich vernachlässigt. Ihre Politik war die einer "friedlichen Koexistenz" nicht einmal mit den Kleinbauern (die durch die Entwicklung schrittweise ruiniert werden), sondern mit den Großbauern. Die Lösung der Bauernfrage wurde überhaupt nicht in Angriff genommen.

Die katholische Kirche

In ähnlicher Weise betrieb die revisionistische PVAP-Führung gegenüber der katholischen Kirche in der VR Polen eine Politik der "friedlichen Koexistenz".

Wenn wir Kommunisten grundsätzlich für die Religionsfreiheit eintreten und Zwang in Fragen der Religion für schädlich halten, so ist das keineswegs gleichbedeutend mit einem Verzicht auf atheistische Überzeugungsarbeit.

Noch im Jahr 1961 ergab eine Umfrage des Polnischen Rundfunks unter Studenten des Instituts für Technologie: 65,5% der befragten Studenten erklärten sich für "religiös", 18,6% waren sogar "regelmäßige Kirchgänger". Als "Marxisten" bezeichneten sich dagegen nur 18,4%. Ganze 3,2% waren "überzeugte Atheisten".

Diese Studenten gehören zu denjenigen, die einmal wesentliche Stellen in der Staats- und Parteibürokratie einnehmen werden.

Die Katholische Kirche ist in Polen seit 1945 die Speerspitze der Konterrevolution gewesen. 1945/46 unterstützte sie die reaktionären Banden, die in verschiedenen Landesteilen im Auftrag der Londoner "Exilregierung" die Bevölkerung terrorisierten. Die Katholische Kirche, die in der faschistischen Ära (1926-39) die Rolle einer "Staatskirche" gespielt hatte, wollte diese Macht über die Menschen nicht aufgeben. Daher verlangte sie von den polnischen Kommunisten nicht nur die Einstellung der atheistischen Propaganda, sondern forderte sogar, die Regierung müsse "die nicht-katholischen Sekten bekämpfen".

Bei ihrer antisozialistischen Tätigkeit wurde die Katholische Kirche vom Vatikan unterstützt, der sich immer wieder in innere Angelegenheiten der VR Polen einzumischen versuchte. Das stärkste Stück war dabei das sogenannte "Dekret des Heiligen Offizium" vom 1. Juli 1949. Dieses Dekret des Vatikans verbot allen Katholiken, in eine Kommunistische Partei einzutreten.

Es wurde grundsätzlich verboten, "Flugblätter herauszugeben, zu verbreiten oder zu lesen (!!), die die Lehre oder das praktische Vorgehen der Kommunisten verteidigen." Katholiken, die sich nicht an diese Vorschrift hielten, sollten aus der Kirche ausgeschlossen werden.

Die Führung der PVAP hat auch in den Jahren 48-56 (als also die revisionistische Gomulka-Gruppe ausgeschaltet war) darauf verzichtet, den unverschämten politischen Anmaßungen der katholischen Kirche klar den Kampf anzusagen. So sieht etwa ein Gesetz vom August 49 eine Strafe für die "Verletzung religiöser Gefühle" vor.

Der vorübergehend aus dem politischen Leben ausgeschaltete Kardinal Wyszyński, einer der Hauptsprecher der antisozialistischen Kräfte, durfte im Oktober 1956 seinen Posten als Chef der Katholischen Kirche wieder einnehmen.

Im Jahr 1961 schien sich das ZK der PVAP endlich aufzuraffen zu wollen, mit dem offiziellen "Religionsunterricht" an den polnischen Schulen Schluß zu machen. Die Abschaffung des "Religionsunterrichts" wurde versprochen und dazu richtig festgestellt: "Der Religionsunterricht in der Schule führt eine erzieherisch und sozial schädliche Trennung unter den Kindern herbei und schafft den Boden für Fanatismus und Intoleranz." Indessen beschränkte sich das Gesetz vom August 61 darauf, den offiziellen "Religionsunterricht" auf zwei Stunden in der Woche zu beschränken.

In der VR Polen ist es durchaus an der Tagesordnung, daß die Katholische Kirche ihren Einfluß auf die Menschen mißbraucht, um gegen die Geburtenregelung zu hetzen, Ehepaare öffentlich anzuschwärzen, die eine kirchliche Trauung ablehnen und Kinder einzuschüchtern, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen. Diese Haltung der Katholischen Kirche ist schon in den kapitalistischen Ländern eine Pest, aber mit der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsun- gung ist sie überhaupt auf die Dauer unvereinbar.

KRISE DES REVISIONISMUS VERSCHÄRFT SICH

Die polnischen Revisionisten verfahren jetzt nach der Devise, den Brunnen zuzudecken, nachdem das Kind hineingefallen ist.

Ein paar Figuren, die sich vor der polnischen Arbeiterklasse endgültig unmöglich gemacht hatten, sind aus der Staats- und Parteiführung verschwunden. Nachgerückt sind Leute, die von der bürgerlichen Presse als "Pragmatiker", "Manager" und "Flügel der flexiblen, dynamischen Technokraten" bezeichnet werden. Das bedeutet, daß die Kapitalisten in der neuen Staats- und Parteiführung der VR Polen im Grunde ihresgleichen sehen.

Bürgerliche Zeitungen schrieben, in der VR Polen handele es sich um eine "systemimmanente Mißwirtschaft". Die Bürgerlichen wollen uns einreden, Verhältnisse wie in der VR Polen seien "typisch für den Sozialismus".

Das ist eine genaue Umkehrung des tatsächlichen Sachverhalts. 85% des bewirtschafteten Bodens in Privatbesitz sind keine "sozialistische Mißwirtschaft", sondern ein Erbe des Kapitalismus, auf dessen Beseitigung die Führung der PVAP verzichtet hat.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten beruhen in erster Linie darauf, daß die Führung der PVAP in wesentlichen Fragen vom sozialistischen Weg abgegangen ist und den antisozialistischen Kräften gegenüber eine "Politik der friedlichen Koexistenz" betreibt. Dazu kommt, daß die Kapitalisten nichts unterlassen haben, um durch ein ungünstiges Preisniveau im Handel mit der VR Polen die Wirtschaft zusätzlich zu schaden.

Es ist allerdings schmerzlich, daß in der VR Polen die Entfremdung zwischen Partei und Arbeiterklasse einen solchen Punkt erreicht hat, daß es zu den provozierenden Preiserhöhungen und den anschließenden Aktionen der Arbeiter kam. Diese Vorgänge gehen aber eindeutig zu Lasten der revisionistischen Führung der PVAP, und nicht der Arbeiterklasse.

Diese Vorgänge machen die umfassende und tiefgehende Krise des Revisionismus deutlich, die durch das Hervortreten der "Manager"-Fraktion um Gierek nicht gelöst, sondern verschärft worden ist.

Die neue Partei- und Staatsführung der VR Polen haben auf die Fragen der polnischen Arbeiterklasse bisher keine Antwort geben können.

Die Arbeiter von Gdansk und Szczecin haben Delegationen nach Warschau geschickt. Sie fordern, daß die Führung der PVAP den jetzt einzuschlagenden Weg ehrlich mit der Arbeiterklasse diskutiert. Es kam im Januar zu neuen Streiks. Was die Arbeiter wollen, ist nicht mehr Macht für ihre Direktoren, sondern eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Was das angeht, sind die Arbeiter mit Recht skeptisch.

Kapitalisten wittern Morgenluft

Die westdeutschen Imperialisten sehen den Moment gekommen, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise in der VR Polen lang gehegte Wünsche zu verwirklichen. Sie möchten in der VR Polen Betriebe mit westdeutscher Beteiligung errichten, um die polnischen Arbeiter unmittelbar ausbeuten zu können. Bisher läuft dieses Geschäft auf der Basis von "Lizenz"-Verträgen: in der VR Polen werden "in Lizenz" auf westdeutschen Maschinen Waren hergestellt, die dann nach Westdeutschland "exportiert" werden. So bezieht z. B. AEG-Telefunken Plattenspieler aus Lodz, Grundig Tonbandgeräte aus Warschau - während sie in ihren westdeutschen Betrieben Arbeiter auf Kurzarbeit setzen lassen. Kauf- und Versandhäuser "exportieren" Stoffe in die VR Polen, die dort zu Anzügen und Kleidern verarbeitet und dann zurück "importiert" werden.

Das langt den Kapitalisten aber noch nicht. Sie wollen eigene Betriebe in der VR Polen, aus denen sie nach Belieben Profit abziehen können, oder zumindest Beteiligungen.

Krupps Manager Berthold Beitz verkündet großsprecherisch: "Wir müssen jetzt die Nägel für die nächsten Jahre einschlagen." Das sind "Nägel", die ins Fleisch des polnischen Volkes "eingeschlagen" werden.

Die westdeutschen Kapitalisten wollen die VR Polen verstärkt wie ein "Entwicklungsland" behandeln. Schon jetzt besteht 71% ihres Exports in die VR Polen aus industriellen Fertigprodukten und technischen Konsumgütern, während der Import aus der VR Polen zu 70,6% aus Nahrungsmitteln besteht.

In diesem Zusammenhang muß es gesehen werden, wenn Barzel als erster westdeutscher Politiker zu Gesprächen mit der neuen Führung in die VR Polen gefahren ist.

England: Breite Klassenfront gegen Antistreikgesetz

Seit Jahren versuchen die englischen Kapitalisten ein Gesetz durchzubringen, um der Arbeiterklasse die Waffe des Streiks aus der Hand zu nehmen, sie eines der wichtigsten Mittel im Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen und Forderungen zu berauben.

Immer wieder sind diese Pläne am harten Widerstand der englischen Arbeiter gescheitert. Unter einer konservativen Regierung und mit Unterstützung der sozialdemokratischen "Labour"-Partei hoffen jetzt die Kapitalisten, ans Ziel ihrer Wünsche zu kommen.

Der Regierungsentwurf sieht vor: spontane, "wilde" Streiks sollen verboten werden. Aber auch die "legalen" Streiks unterliegen noch einer "Abkühlungspflicht". Bei Übertretungen gegen das Gesetz sind Strafen bis zu 880 000 Mark angedroht. Die Gewerkschaftsbürokratie kann für "Vergehen" von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten gegen das Antistreik-Gesetz haftbar gemacht werden. Damit wollen die Kapitalisten das Rad der Geschichte zurück drehen und das Gesetz über absolute Streikfreiheit aufheben, das sich die englischen Arbeiter vor 150 Jahren, 1824, erkämpften.

Gegen das Antistreik-Gesetz der Kapitalisten steht die breite Klassenfront der Arbeiter. Die Zustimmung der "Labour"-Partei zum Regierungsentwurf und die völlige Passivität der Gewerkschaftsführungen haben es den Arbeitern erleichtert, die Klassenfronten noch klarer abzustechen.

Vielfach haben fortschrittliche Arbeiter, unter ihnen Kommunisten, die Führung der Kämpfe übernommen.

Als immer klarer wurde, daß die Gewerkschaftsführungen keinerlei ernsthaften Widerstand gegen das Antistreik-Gesetz leisten würden und alle spontanen Aktionen der Arbeiter nur verleumdeten, rief das von fortschrittlichen Arbeitern organisierte "Komitee zur Verteidigung der Gewerkschaften" zum Streik und zu Massendemonstrationen auf.

Obwohl die Gewerkschaftsführungen alle Mittel einsetzten, zusammen mit der kapitalistischen Presse, Rundfunk usw. diesen Streik zu verhindern, nahmen

hunderttausende Menschen im ganzen Land daran teil (die Angaben der bürgerlichen Presse sind mit 350 000 gewiß zu niedrig!) In vielen Städten fanden auch Demonstrationen statt. Allein in London zeigten über 20 000 Arbeiter unter roten Fahnen und mit dem Gesang der "Internationale" in einer Kampfdemonstration ihre Entschlossenheit, keines ihrer schwer errungenen Rechte aufzugeben. Auch die bürgerliche Presse mußte zugeben, daß dies der "größte politische Streik seit 1926" war.

Das vergangene Jahr brachte in der gesamten kapitalistischen Welt die meisten und härtesten Streiks seit den zwanziger Jahren.

In England waren das im Jahr 1970 vor allem der Streik der Hafenarbeiter, der Streik der Grubenarbeiter und der Streik der Elektrizitätsarbeiter.

Die Antistreik-Pläne der englischen Kapitalisten sind ein Schuß, der nach hinten losgegangen ist.

CHILE : ANMERKUNGEN (2. Teil) ZUR POLITIK DER KP CHILES

Wir beschäftigen uns im folgenden mit einigen Besonderheiten der Politik der KP Chiles, um damit einen Beitrag auch zur Diskussion der "Strategie der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" zu leisten.

Der XIV. Parteitag der KP Chiles erklärte, es sei in Chile "die wichtigste patriotische Aufgabe, der Herrschaft des Imperialismus und der wirtschaftlichen und politischen Macht der Monopole und Grundbesitzer ein Ende zu machen." Und : "In Chile gibt es heute keine revolutionärere Aufgabe, als den Kampf gegen den Imperialismus und die Beseitigung der Macht der monopolistischen und gutsherrlichen Oligarchie".

Demnach steht in Chile nicht der Kampf um die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, der Kampf für den Sozialismus auf der Tagesordnung, sondern eine "Volksmacht" und "grundlegende Umgestaltungen".

In diesem Sinn erklärte der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan, auf der sogenannten "Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien" im Juni 1969 :

"Die Hauptrichtung unserer Politik besteht darin, alle demokratischen und antimperialistischen Kräfte zu vereinen, um eine Volksregierung zu bilden, die fähig ist, die revolutionären Umgestaltungen zu verwirklichen, die auf der Tagesordnung stehen und deren Endziel der Sozialismus ist." Und auf dem XIV. Parteitag der KP Chiles hieß es : "Die aktuelle und unaufschiebbare politische Aufgabe im gegenwärtigen Zeitpunkt, die

sich aus dem Charakter des sozialen Prozesses in Chile selbst ergibt, ist die Vereinigung aller Kräfte, die Passivität ablehnen und revolutionäre Veränderungen anstreben." "Alle Kräfte, die ihren Beitrag zum Kampf gegen Imperialismus und Oligarchie zu leisten imstande sind", sollten "ihren Platz im Rahmen der Volkseinheit" einnehmen.

Luis Corvalan, Generalsekretär der KP Chiles, hat diese Auffassungen zusammenfassend dargestellt in dem Artikel "Das Bündnis der revolutionären antimperialistischen Kräfte in Lateinamerika" (in : Probleme des Friedens und des Sozialismus, Juli 1967). Er behauptet da, "die Triebkräfte der Revolution in Lateinamerika" seien : die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Studentenschaft, die "Mittelschichten" und "einige Gruppen der nationalen Bourgeoisie". Corvalan gesteht immerhin zu, daß es zwischen diesen Klassen und Schichten noch einige Widersprüche gibt, meint aber : "Jeder Versuch der Kommunisten, ihren Standpunkt den übrigen Formationen der antimperialistischen Kräften aufzuzwingen", würde nur die "Aktions-einheit" gefährden. Deswegen sollten "Aufgaben in den Vordergrund gerückt werden, die einen und nicht trennen, d.h. konkrete Aufgaben, deren Lösung von allen als notwendig empfunden wird." Das würde den Kampf der chilenischen Arbeiterklasse auf Reformen einengen, die auch von "breiten Schichten der

Geschäftsleute und Industriellen, die sich immer breiter in den sozialen Kampf einreihen" (Corvalan) für "notwendig empfunden" werden. Das ist die Methode des hinterherkriechens hinter den kompromißlerischsten, rückständigsten Teilen der "antimperialistischen Kräfte". Das erinnert an die Auseinandersetzungen Lenins mit den Menschewiki, die darüber jammerten, die Arbeiter dürften keine allzu weitgehenden Forderungen aufstellen, "weil sonst die Bourgeoisie abschwenken könnte". So auch Corvalan, wenn er befürchtet, die besonderen Forderungen der Arbeiterklasse (die eben ihrer Natur nach nicht so sind, daß auch Geschäftsleute und Industrielle sie "für notwendig empfinden"!) würden "die Verbreiterung des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind" in Frage stellen.

Corvalan seufzt dann tief und wirft den chilenischen Kapitalisten einen flehenden Blick zu : "Unser sehnlichster Wunsch ist, daß alle Revolutionäre, alle Antimperialisten, alle Volksbewegungen in Lateinamerika zu einer einheitlichen revolutionären Denkweise gelangen". Die Kommunisten dürften nicht "versuchen, künstlich eine Denkweise vom gleichen Typ durchzusetzen", denn das würde "zur Entstehung neuer, ganz überflüssiger Meinungsverschiedenheiten" führen. Vielmehr kommt es laut Corvalan darauf an, mit den Kapitalisten "gemeinsame Aktionen zur Lösung gemeinsamer Aufgaben zu entfalten, das uns Einende zu suchen und alles Trennende aus dem Wege zu räumen oder in den Hintergrund zu drängen". Was hier mit aller Gewalt "in den Hintergrund gedrängt" werden soll, ist der Klassenkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten.

In einem Land wie Chile, wo in der Tat die sozialistische Revolution noch nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht, werden die Arbeiter in dieser oder jener Frage auch gelegentlich mit Teilen der Bourgeoisie gemeinsam aktiv werden können. Niemals aber kann bei allen "Antimperialisten" (wozu ja auch "Mittelschichten" und "einige Gruppen der nationalen Bourgeoisie" gerechnet werden) eine "einheitliche revolutionäre Denkweise" erreicht werden. Erst recht nicht durch Verzicht auf offene Austragung der Klassengegensätze und Beschränkung der Arbeiter auf das auch für Geschäftsleute und Industrielle akzeptable Maß.

In der Resolution des XIV. Parteitags der KP Chiles wird offen der pluralistische Meinungsbrei propagiert : "Wir streben die Schaffung eines dauerhaften Bündnisses an... Wir denken an eine um die Arbeiterklasse zusammengeschlossene Einheit des Volkes und sind zugleich der Meinung, daß auch andere Klassen der Gesellschaft und die fortschrittlichen Schichten der Bevölkerung und deren politische Organisationen ihren Teil an Verantwortung auf sich nehmen müssen. Wir treten dafür ein, daß jede linke (?) Partei und Gruppierung ihren Beitrag zu den gemeinsamen und einheitlichen Anstrengungen leisten soll, von ihren eigenen ideologischen Positionen ausgehend, daß sie dabei ihr eigenes Gesicht wahren und mit ihren Ideen und eigenen Ansichten nutzbringend mitwirken. Dies würde helfen, Faktoren zu beseitigen, die zu einer Isolierung führen könnten."

Aber mehr noch : die Resolution fordert "gegenseitige Loyalität" zwischen den "antimperialistischen Klassen und Schichten" der "Volkseinheit" und die "Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit"

Die "Volkseinheit" umfaßt aber mit Arbeiterklasse, Landproletariat und Kleinbauern einerseits - "breiten Schichten der Geschäftsleute und Industriellen" andererseits, eindeutig antagonistische Klassen. Was bedeutet denn unter diesem Gesichtspunkt die "Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit" ? Sie bedeutet Verzicht auf den Klassenkampf. Wie kann man zwischen antagonistischen Klassen "gegenseitige Loyalität" und "dauerhaftes Bündnis" proklamieren?

Beschränkung der Reformen auf das, was auch von den "antimperialistischen" Geschäftsleuten und Industriellen "als notwendig empfunden" wird, Predigt der Klassenharmonie und Klassen"loyalität" und des "dauerhaften Bündnis" zwischen Arbeitern und Kapitalisten - das ist der "chilenische Weg zum Sozialismus" !

Corvalan meint, "daß die Politik des Imperialismus... auch unter einem beträchtlichen Teil der nichtmonopolistischen Bourgeoisie Empörung auslöst". Ganz recht, die Kapitalisten sind "empört", aber gleichzeitig beuten sie die chilenischen Arbeiter aus. Sie sind ja gerade deswegen so "empört", weil sie sich nicht mit dem Imperialismus in die Ausbeutung "i h r e r" Arbeiter teilen wollen. Und genauso "empört" sind die Kapitalisten über den Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Ausbeutung. Es ist völlig absurd, auf der "Empörung" der Kapitalisten eine Strategie aufbauen zu wollen. Es ist gut, wenn die Arbeiterklasse es versteht, die "Empörung" der Kapitalisten über den Imperialismus, Feudalismus usw., die Gegensätze zwischen nationalem und internationalem Kapital für ihren eigenen Befreiungskampf auszunutzen. Aber es ist ganz schlecht, wenn Corvalan aus dieser "Empörung" folgert : "In einem solchen historischen Augenblick wird das Problem des zeitweiligen Charakters der Bündnisse des Proletariats und der Kommunisten mit anderen Kräften, wenn man das so sagen darf, auf neue Art und Weise gestellt."

Corvalan meint, die Arbeiter dürften die "antimperialistischen" Kapitalisten nicht "in einer bestimmten Etappe ausnützen und in der nächsten ausbooten", sondern müßten "auf unbegrenzte Zeit mit ihnen zusammenarbeiten".

Die Geschichte zeigt ja gerade, daß die Arbeiter "in einer bestimmten Etappe" (nämlich in der bürgerlich-demokratischen Revolution) mit Teilen der Bourgeoisie und den Kleinproduzenten gegen den gemeinsamen Feind gehen, sie aber "in der nächsten" (nämlich in der sozialistischen Revolution) "ausbooten" müssen.

Die Arbeiterklasse kann schliesslich nicht kapitalistische Ausbeutung und kleine Warenproduktion "auf unbegrenzte Zeit" mit sich herumschleppen, wie die ungelöste Bauern-Frage in der VR Polen.

Als Lenin die Bedingungen der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland analysierte, kam er zur Schlußfolgerung : "Ein Sozialdemokrat darf den unvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie auch noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen.. Daraus folgt, daß unser 'vereint schlagen' mit der

Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, 'auf den Verbündeten wie auf den Feind' scharf aufzupassen usw." (Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution)

Corvalan aber meint, diese Frage "auf neue Art und Weise" stellen zu dürfen. Warum? Wegen der "Empörung" der Kapitalisten! Die KP Chiles hat schon Recht, wenn sie sich in der Resolution des XIV. Parteitags mit wohlthuender Bescheidenheit "ideologischen Reichtum" und "schöpferischen Geist" bescheinigt.

Corvalan hat es sich darüber hinaus nicht nehmen lassen, eine spezielle "Theorie der gemeinsamen Führung" aufzustellen. In dem erwähnten Artikel schreibt er: "Nur auf der Grundlage eines Bündnisses der Sozialisten und Kommunisten kann das chilenische Volk die politische Macht erringen. Weder die Kommunisten noch die Sozialisten können allein Anspruch auf die Führung der Geschichte des Landes erheben." Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei wird von Corvalan kurzerhand vom Tisch gewischt: "Ihre Tätigkeit zur Führung des Proletariats und des ganzen Volkes leistet" die KP Chiles "in Zusammenarbeit mit der sozialistischen Partei". "Wir nennen das gemeinsame Führung, die unter den Bedingungen Chiles die konkrete Form darstellt, in der die kommunistische Partei ihrer Rolle als Avantgarde gerecht wird." Diese Argumentation ist geradezu artistisch.

Damit aber noch nicht genug, fordert Corvalan, daß "in den meisten lateinamerikanischen Ländern" eine "gemeinsame Führung des Befreiungskampfes eines jeden Volkes durch die revolutionären Kräfte erfolgen muß, die sich gewissermaßen in die Funktion der Vorhut teilen." Dabei muß die Arbeiterklasse noch froh sein, überhaupt an der Vorhut "beteiligt" zu werden, denn laut Corvalan hat das Kleinbürgertum "weitgehende Möglichkeiten, als revolutionäre Kraft zu wirken und in den Ländern, wo das Proletariat zahlenmäßig oder politisch relativ schwach ist, sogar die führende Rolle zu spielen".

Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten - das Landproletariat und die Kleinbauern, haben die Kandidatur Allendes unterstützt. Sie erwarten, daß die Regierung Allende den Forderungen der Volksmassen mehr Rechnung tragen muß als das unter Frei der Fall war.

In Chile sind schon zweimal - 1936/41 und nach dem 2. Weltkrieg - die Erwartungen enttäuscht worden, die von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten auf die Bildung sogenannter "Volksfront"-Regierungen gesetzt wurden.

Die Arbeiterklasse kann sich in der bürgerlich-demokratischen Revolution nur behaupten, wenn sie sich eigene politische und militärische Machtorgane schafft. In dieser Richtung ist bisher wenig geschehen. Stattdessen heißt es in der Resolution des XIV. Parteitags der KP Chiles: "Wir Kommunisten sind nicht einseitig in unseren Ansichten über die Armee." und: "...eine künftige Volksregierung (die Resolution stammt aus der Zeit vor der Wahl Allendes) mußte dafür Sorge tragen, daß eine moderne, patriotische, echte Volksdoktrin der nationalen Verteidigung realisiert wird, als unverrückbare Stärkung aller Waffengattungen und des nationalen Charakters der Armee".

Die Erwartungen des Volkes sind von zwei Seiten her bedroht. Erstens ist das Programm der Volkseinheit von vornherein begrenzt, denn es sieht vor: "Im Privatbesitz bleiben jene Betriebe der Industrie, des Bergbaus, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen, die die Mehrheit der chilenischen Betriebe bilden... Die Gesamtplanung der Volkswirtschaft verbürgt den Gewinn der Privatbetriebe, denen der Staat finanziell und technisch hilft." Zweitens aber verstärkt sich der Druck der herrschenden Klassen Chiles, die getreu der Ideologie vom "demokratischen Weg" Chiles überhaupt nicht unterdrückt werden und die starke Stellungen in der Armee haben.

NEU!

ZUR "STRATEGIE DER DEMOKRATISCHEN ERNEUERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT" -

Kritik am "Studienmaterial Nr. 1" vom Spartakus/AMS

Preis -.50 (+ Porto)

Revisionismuskritik

KAB - ARBEITERZEITUNG

Herausgeber: Gruppe KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND Hamburg
Anschrift: Joachim Welsch, 2 HH 39, Alsterdorfer Str. 375 c / Tel.: 51 60 41
Postscheckkonto: J. Welsch, Hamburg 3490 22

KAB - ARBEITERZEITUNG erscheint monatlich und zwar jeweils in der ersten Woche des Monats. Abonnements und Versand einzelner Nummern nur gegen Voreinsendung des Betrags in Briefmarken oder Vorüberweisung auf das oben angegebene Postscheckkonto. Preis pro Stück -.70 DM. Mengenrabatt auf Anfrage. Die Zahl rechts über der Anschrift bezeichnet bei Abonnements die letzte bezahlte Nummer.